

Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz 2014 : Chance nutzen

Autor(en): **Peternier, Jean Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358119>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz 2014: Chance nutzen

Ein neuer sicherheitspolitischer Bericht eröffnet die Chance, die politische Akzeptanz der staatlichen Machtinstrumente zu erhöhen. Voraussetzung dafür ist das Eingehen auf die real existierenden Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Dies wird auch für die angestossene Weiterentwicklung der Armee mit entscheidend sein.

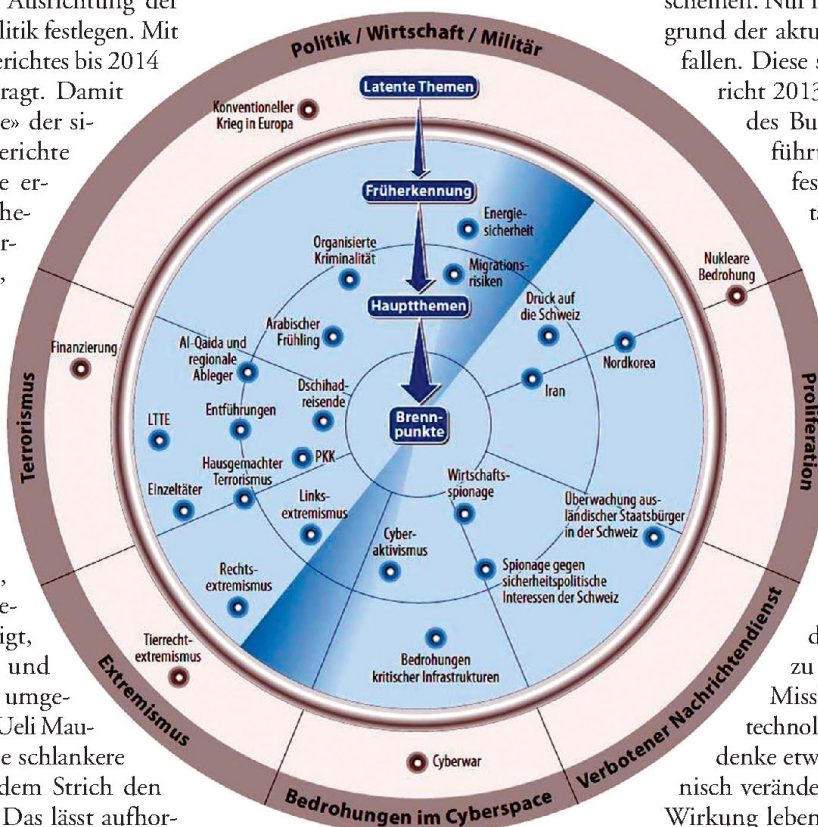
Jean Pierre Peternier

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. Mai 2013 beschlossen, für die Schweiz 2014 einen neuen Bericht über die Sicherheitspolitik erarbeiten zu lassen. Der Bericht soll das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz analysieren und die mittel- bis langfristige Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik festlegen. Mit der Ausarbeitung des Berichtes bis 2014 wurde das VBS beauftragt. Damit wird die «Schriftenreihe» der sicherheitspolitischen Berichte um eine neue Ausgabe erweitert. Obwohl die bisherigen Berichte von anerkannter Qualität waren, blieb jeweils eine erfolgreiche politische Umsetzung im Dunst von Scheinheiligkeit auf der einen und Opportunismus auf der anderen Seite im Sand stecken. Ein neuer sicherheitspolitischer Bericht ist nur sinnvoll, wenn er die real existierenden Probleme aufzeigt, Lösungen antizipiert und diese auch tatsächlich umgesetzt werden. Bundesrat Ueli Maurer sagte Mitte Mai eine schlankere Armee bedeute unter dem Strich den Abbau von Sicherheit. Das lässt aufhören. Er sagte gleichzeitig, er sei kein kalter Krieger, der an überholten Kriegsbildern festhalte. Das lässt hoffen und verlangt Weitsicht und politischen Willen. In der heutigen politischen Konstellation mit links und rechts populistisch agierender Parteien, die sich aus sehr unterschiedlichen Motiven punktuell sogar zu einer gemeinsamen Opposition finden, ist

auch in Zukunft sicherheitspolitisch kaum Staat zu machen. Mitentscheidend für diese missliche Lage ist das Fehlen einer konsequenten und geradlinigen sicherheitspolitischen Haltung der Mitteparteien. Erschwerend kommt das unheilvolle Phänomen dazu, dass Kreise mit sicherheitspolitischer Erfahrung und Kom-

Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur

Kann ein neuer sicherheitspolitischer Bericht in dieser politischen Konstellation überhaupt etwas bewirken? Es werden die schon in den letzten Berichten erwähnten Bedrohungen und Risiken wieder erscheinen. Nur ihre Gewichtung wird aufgrund der aktuellen Lage angepasst ausfallen. Diese sind im neuesten Lagebericht 2013 des Nachrichtendienstes des Bundes übersichtlich aufgeführt (Abb. links). Man wird feststellen, dass die Intensität des weltweiten Netzkrieges (Cyber War) qualitativ und quantitativ sprunghaft zugenommen und auch die Schweiz voll erfasst hat. So etwa die direkten feindlichen Eingriffe in die Steuerung sensibler Produktionsanlagen fremder Mächte oder der direkte Einblick in die Entwicklung neuester Rüstungstechnologien führender Industrienationen. Dazu kommt das gefährliche Missbrauchspotenzial der Biotechnologie und Gentechnik. Man denke etwa an den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen, um die Wirkung lebenswichtiger Medikamente auszuhebeln. Weiter wird man eine steigende Intensität des Terrorismus und der organisierten Kriminalität aufzeigen und dabei insbesondere auf die zunehmende weltweite Vernetzung beider Phänomene hinweisen. Ferner werden Wirtschaftskonflikte und Migrationsströme möglicherweise neu gewichtet. Und was wird über den klassischen Krieg stehen? Ein scharfer



Strategisches Umfeld 2013 (Lagebericht NDB 2013).

petenz zu wenig politische und mediale Macht entfalten können. So wird das Feld für jene offen gehalten, welche sicherheitspolitisch mit Augenbinden unterwegs sind.

Denker lehrte in der Generalstabsausbildung jeweils: «Der Krieg ist Blut, Tod, Verwüstung, alles andere ist Schönrede». Gibt es diesen Krieg noch? Sind Syrien, Afghanistan, Mali, Kongo, Sudan letzte Zuckungen eines Auslaufmodells? Man sagt, dass in den 3000 Jahren, in denen Geschichte geschrieben wird, nur 300 Jahre friedliche Zeiten waren. In welcher Periode leben wir heute? Sollen oder dürfen wir diesen Krieg abschreiben? Die Nachbarn auf unserem Kontinent sind friedliche Menschen, noch. Was aber, wenn ihre steigende innere Unrast sich nicht bändigen lässt und sie die Verantwortlichen für ihr Unheil nicht nur zuhause suchen? Jean-Claude Juncker, ein überzeugter Europäer, warnt: «Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur». Anderorts ist man bereits erwacht, nämlich im weltweiten Wettbewerb der Wertesysteme, wirtschaftlich wie politisch. Steuern wir auf eine Revolution der Werte zu? Diese kann im individuellen «Mikrobereich» (Anstand, Ehrlichkeit, Hilfsbereitschaft usw.) und im weltumspannenden «Makrobereich» (europäischer, asiatischer, islamischer Wertekanon usw.) ablaufen. In Bezug auf Wertesysteme gibt es keine Neutralität, höchstens Toleranz. Jedes Individuum und jede Gesellschaft hat eine Werterhaltung, auch wenn diese noch so verwerflich wäre. Auch wir müssen uns zu einem Wertesystem bekennen und dieses durch Sicherheit schützen.

Sicherheit ist ein vitales Bedürfnis

Auf real existierende Probleme erwarten Bürgerinnen und Bürger überzeugende Antworten. Dann werden sie Lust haben für ihre sicherheitspolitischen Anliegen an die Urne zu gehen und nur dann wird ihr Vertrauen in Bundesrat und Parlament weiter wachsen. Sicherheit ist vitales Bedürfnis eines jeden Menschen. Befriedigte Sicherheit ist daher auch ein Ansporn für Engagement und Leistung zugunsten der Institutionen, welche diese Sicherheit gewährleisten. Sicherheit ist selbstredend das Mittel gegen Unsicherheit. Unsicherheit ihrerseits gründet in Ängsten. Angst vor dem Verlust der persönlichen Integrität oder Angst vor dem Verlust materieller Güter. Das bewegt die Menschen im Innersten. Hier müssen die sicherheitspolitischen Lösungen ankommen. Wenn nicht, dann öffnet sich der unheilvolle Graben

zwischen Volk und Politik weiter. Dass sich da und dort in Europa die Risse im Gebäck hörbar weiten, soll uns hellhörig machen. Deutsche Alternative, United Kingdom Independence Party, Team Stronach, Beppe Grillo und andere Strömungen sind Symptome einer tiefer liegenden Misere. Man misstraut den politischen Institutionen und den Fähigkeiten ihrer politischen Führungen. Der neue «Wutbürger» ist für viele politische Alternative empfänglich. Historisch gesehen wäre es fahrlässig, in einer solchen Lage einfach zur Tagesordnung überzugehen und zu hoffen, dieses Phänomen sei eine Eintagsfliege, gerade auch in Bezug auf die Sicherheitspolitik. In der Schweiz wird das Volk letztlich zur Sicherheit das letzte Wort sprechen, es beginnt schon 2013.

Äussere und innere Sicherheit sind nicht zu trennen

Welche real existierenden Probleme haben unsere Bürgerinnen und Bürger? Welches sind ihre konkreten Bedürfnisse nach Sicherheit im gelebten und erlebten All-

lich zu lösen vermochte. Eine Generation, die weltweit vernetzt denkt und lebt. Eine Generation aber auch, die ihre Ohren oft mit Stöpseln schliesst und ihren Blick auf das Smartphone beschränkt und so Gefahr läuft, die für ihre Zukunft entscheidenden Entwicklungen nicht rechtzeitig zu erkennen. Dem stehen die Befindlichkeiten der anderen Generationen gegenüber. Die alte Generation, welche die beiden Weltkriege und die Hoffnungen und Enttäuschungen der Zwischenkriegszeit erlebte. Die ältere Generation, die vom Kalten Krieg mit seiner atomaren Abschreckung und dem unverhofft schnellen und friedlichen Fall des Eisernen Vorhanges geprägt ist. Sie alle dürften ihre Erwartungen an einen neuen sicherheitspolitischen Bericht knüpfen. Dabei interessieren nicht nur die strategischen Optionen der Schweiz, sondern gleichwertig Lösungen zu ihrer persönlichen Sicherheitssituation. Dies im vollen Bewusstsein, dass äussere und innere Sicherheit nicht zu trennen sind. Gewiss sind das zwei ungleiche Paar Schuhe, dennoch sind beide für die erforderliche politische Akzeptanz notwendig. Dies ist nicht zuletzt auch deshalb relevant, weil die Frage nach der Anpassung der Mittel des staatlichen Gewaltmonopols (Armee, Polizei, Justiz) ansteht.

Wir wissen zum Beispiel, dass in der Schweiz 2000 bis 3000 Polizeikräfte fehlen und dies berührt gerade einen sensiblen Bereich der persönlichen Sicherheit des Bürgers. Zum Glück sind das allgemeine Sicherheitsempfinden der Schweizer Bevölkerung auf einem hohen Niveau und das Vertrauen in die Institutionen gestiegen. Dies aufs Spiel zu setzen, wäre sträflich. Wenn hier realistische Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden, wird das Interesse an den übergeordneten sicherheitspolitischen Fragen wach bleiben. Hier liegt die Chance des sicherheitspolitischen Berichts 2014. ■

Sicherheitsorgen der Jugendlichen 

- Persönliche Sicherheit
- Kriminalität
- Jugendgewalt
- Gewalt in Stadien
- Soziale Sicherheit
- Armeefragen
- Drogen
- Terrorismus
- Zusammenleben
- Versorgungssicherheit

Sicherheitsorgen der Bevölkerung 

- Soziale Sicherheit
- Persönliche Sicherheit
- Kriminalität
- Gewalt in Stadien
- Versorgungssicherheit
- Jugendgewalt
- Euro Krise
- Migration
- Armeefragen

tag? Wo sollte sie ein sicherheitspolitischer Bericht abholen, damit sie diesen mittragen? Eine Fülle an Informationen (Abb. 2 und 3) dazu findet man im Credit Suisse Jugendbarometer 2011 und Credit Suisse Sorgenbarometer 2012, erarbeitet durch das GfS Bern Team, sowie im Bericht «Sicherheit 2013» des Center für Security Studies und der Militärakademie der ETH Zürich. Im Hinblick auf die in naher Zukunft zu treffenden politischen Entscheidungen im Bereich der Sicherheit sind besonders die Bedürfnisse der Jugendlichen interessant, denn sie prägen unsere Zukunft. Geboren in einem Europa, welches seine Konflikte fast ohne Ausnahme fried-

nem hohen Niveau und das Vertrauen in die Institutionen gestiegen. Dies aufs Spiel zu setzen, wäre sträflich. Wenn hier realistische Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden, wird das Interesse an den übergeordneten sicherheitspolitischen Fragen wach bleiben. Hier liegt die Chance des sicherheitspolitischen Berichts 2014. ■



Oberst i Gst aD
Jean Pierre Peternier
Dr. sc. techn. ETHZ
3076 Worb